



Pressemitteilung 9. April 2017 22:08

FDP bleibt dran am Thema Rheinquerung Landesparteitag hat Machbarkeitsstudie beschlossen

Kreis Ahrweiler/Kreis Neuwied. Die FDP bleibt beim Thema Rheinquerung am nördlichen Mittelrhein am Ball. Die Liberalen aus dem Kreis Ahrweiler und dem Kreis Neuwied hatten sich bereits im vergangenen Jahr für eine neue Verbindung über den Rhein ausgesprochen. Aufgrund des Widerstands der Grünen konnte dies in den Koalitionsverhandlungen der Ampel in Mainz zunächst nicht durchgesetzt werden.

„Auf unsere Initiative hat der FDP-Landesparteitag 2017 sich dafür ausgesprochen, baldmöglichst eine Machbarkeitsstudie für eine Rheinquerung zwischen den Kreisen Neuwied und Ahrweiler durchzuführen. Voraussetzung ist natürlich, dass sich auch die Kreise organisatorisch und finanziell beteiligen,“ freut sich der FDP-Kreisvorsitzende Ulrich van Bebber.

„Seit Liberale in Mainz mitregieren, wird endlich wieder mehr für die Verkehrsinfrastruktur getan, vor allem auch auf dem Land. Dies ist ein erster Schritt, reicht aber natürlich insgesamt nicht aus. Es gibt noch viele Straßen, die in einem sehr schlechten Zustand sind. Hier bleiben wir weiter am Ball, ebenso wie bei der Rheinquerung, die nach wie vor von den Grünen blockiert wird,“ erklärt die FDP-Kandidatin für den Bundestag, Christina Steinhausen, die sich seit langem für eine entsprechende Rheinquerung einsetzt. Die Rheinquerung sei eine wichtige Voraussetzung für eine Weiterentwicklung der Infrastruktur, nicht nur im Verkehrsbereich, sondern auch für Tourismus und Wirtschaft. Insbesondere die Studie der IHK habe gezeigt, welcher Bedarf hier vorhanden sei.

„Insbesondere die touristisch und mittelständisch geprägte Wirtschaft im Kreis Ahrweiler und dem Kreis Neuwied zwischen den Ballungsräumen Köln/Bonn und Koblenz ist auf schnelle und leistungsfähige Verkehrsverbindungen angewiesen. Der Rhein ist hier nach wie vor ein stark trennendes Element, der das Zusammenwachsen der Regionen bremst. Die nächsten Rheinbrücken findet man erst wieder in Bonn oder in Neuwied. Im Kreis Ahrweiler gibt es keine einzige Rheinbrücke,“ so die FDP. Mit der Machbarkeitsstudie soll auch geklärt werden, inwieweit ein Tunnel möglich und ökonomisch wie ökologisch vorteilhafter ist.

Beschluss des FDP-Landesparteitags 2017

Die FDP setzt sich dafür ein, baldmöglichst eine Machbarkeitsstudie für eine Rheinquerung zwischen den Kreisen Neuwied und Ahrweiler durchzuführen. Sollte die Mittelrheinbrücke aufgrund der Widerstände vor Ort nicht realisiert werden, könnten die freiwerdenden Mittel unter anderem hier eingesetzt werden.

Begründung:

Der FDP-Landesparteitag 2015 hat beschlossen, unter anderem eine Rheinquerung im Bereich der Kreise Ahrweiler und Neuwied zu schaffen. Diese Forderung konnte in diesem Koalitionsvertrag nicht berücksichtigt werden. Die Gründe für eine Rheinbrücke an dieser Stelle bestehen gleichwohl weiter fort. Um die weiteren Voraussetzungen abzuklären, sollte jetzt eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben werden.

Hintergrund:

Eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur ist eine zentrale Voraussetzung für wirtschaftlichen Wohlstand. Insbesondere die touristisch und mittelständisch geprägte Wirtschaft im Kreis Ahrweiler und dem Kreis Neuwied zwischen den Ballungsräumen Köln/Bonn und Koblenz ist auf schnelle und leistungsfähige Verkehrsverbindungen angewiesen. Der Rhein ist hier nach wie vor ein stark trennendes Element, der das Zusammenwachsen der Regionen bremst. Die nächsten Rheinbrücken findet man erst wieder in Bonn oder in Neuwied. Im Kreis Ahrweiler gibt es keine einzige Rheinbrücke. Die Autofähren können diese trennende Wirkung nur begrenzt überbrücken.

Eine Rheinbrücke oder ein Tunnel als Verbindung der B 42 und der B 9/B 266 fördert das Zusammenwachsen der Region und stärkt insgesamt den Wirtschaftsraum. Dabei soll auch die Ortsumgehung B 266/Lohrsdorf und der Ausbau der B 266 Richtung Rhein realisiert werden.

Dies dient nicht nur der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch den Menschen, die zum Einkaufen oder Arbeiten auf die andere Rheinseite wollen oder müssen. Ebenso vergrößert sich das Schulangebot in Linz, Remagen/Sinzig/Bad Breisig erheblich. Auch für die Fachhochschule in Remagen ergibt sich ein deutlich vergrößertes Einzugsgebiet. Schließlich wird durch die bessere Erreichbarkeit der Tourismus im Kreis Ahrweiler gefördert. Alternativ soll auch geprüft werden, ob ein Tunnel möglich und ökonomisch sowie ökologisch vorteilhafter ist.



Die Fähre Linz-Remagen verbindet derzeit die beiden Flussufer. Bekommt sie irgendwann Konkurrenz durch eine Brücke? Die Debatte läuft.

Foto: Ditscher

Politiker halten an Brückenidee fest

Verkehr CDU-Kreischef Rüdgel und Landrat Hallerbach wundern sich über Bürgermeister-Kritik

■ **Kreis Neuwied.** Alles nur ein Sommerlochtheater? Das fragt sich Landrat Achim Hallerbach angesichts der Kritik des Linzer Bürgermeisters Hans Günter Fischer und seiner Amtskollegen aus Sinzig und Remagen, Andreas Geron und Herbert Georgi, an der Forderung nach einer neuen Rheinquerung am Unteren Mittelrhein. Fallen lassen wollen er und der Bundestagsabgeordnete Erwin Rüdgel die Brückenidee aber nicht, wie beide gegenüber der RZ betonen. Hallerbach bringt eine Machbarkeitsstudie ins Spiel. „Die überaus positiven Reaktionen aus der Bevölkerung und auch von Gemeindeleitungen aus

der Verbandsgemeinde Linz zeigen: Nichts ist mächtiger, als eine Idee, deren Zeit gekommen ist“, betont Erwin Rüdgel, und auch Hallerbach berichtet von vielen Äußerungen pro Brücke, die ihn zuletzt erreicht hätten.

Der Vorstand der CDU im Kreis Neuwied, namentlich Hallerbach und Verbandschef Rüdgel, hatten zuletzt im April die Forderung nach einer neuen Brücke bekräftigt. Die mögliche Querung stehe aber derzeit auf keiner Liste von Straßenbauprojekten, weder des Kreises noch des Landes, und es gebe keine aktuellen öffentlichen Erklärungen dazu seitens Rüdgels oder ihm

selbst, betont Hallerbach in einer schriftlichen Positionierung.

In der Kreisverwaltung sei man daher „einigermaßen verwundert“ über die Äußerungen der drei Bürgermeister, die gefordert hatten, den „überstürzten Ansatz“ einer neuen Brücke sofort einzustellen. Denn auch aus den eventuell betroffenen Kommunen würden keinerlei Signale vorliegen, die eine schnelle Reaktion erforderlich machen. „Auch im Zeitalter digitaler Infrastrukturen kann es natürlich nicht schaden, über Straßenverbindungen zu sprechen“, erklärt Hallerbach weiter. Natürlich müssten die Befürworter ebenso wie mögliche Gegner sämt-

liche Rahmenbedingungen und Auswirkungen gegeneinander abwägen, was für eine Machbarkeitsstudie spreche. „Durch Äußerungen pro Rheinbrücke ist die Demokratie noch lange nicht gefährdet“, betont der Landrat – und hält, wie auch Rüdgel, Bürgermeister Fischer vor, er habe bislang sämtliche Gesprächsangebote abgewiesen. Dank spricht er Rüdgel dafür aus, sich frühzeitig für eine Aufnahme des Projekts in den Bundesverkehrswegeplan eingesetzt zu haben. „Sollte dies erfolgreich werden, dann wäre ein objektives Verfahren und finanziell gesichertes Bundesprojekt möglich“, erklärt Hallerbach. *mif*

Leserbrief

Politik Deutlicher Widerstand der Bürgermeister von Remagen, Sinzig und Linz gegen Pläne für eine Rheinbrücke. RZ vom 18. Juli

„Die Grenze Rhein endlich kostenfrei und schnell überwinden“

Mit Interesse und Verwunderung habe ich die ablehnenden Argumente der betroffenen Bürgermeister wegen einer geplanten Rheinbrücke gelesen.

In diesem Fall überzeugen mich die Argumente des Bundestagsabgeordneten Erwin Rüdell sowie des Landrats Achim Halterbach wegen einer Rheinquerung uneingeschränkt. Auch die FDP-Politiker Ulrich van Beber und Alexander Buda vertreten meines Erachtens zukunftsweisende Perspektiven und

sehen ebenso den notwendigen Bedarf einer Rheinbrücke zwischen Bonn und Neuwied.

Ich bin häufig Nutzerin vornehmlich der Linzer Fähre und wegen des übermäßigen Ansturms besonders in der Ferienzeit gezwungen, lange Wartezeiten hinzunehmen. Und der Kostenaufwand für die Nutzung der Fähre mit einem Auto ist nicht unerheblich und summiert sich im Laufe des Jahres sehr.

Was die Pendler, die auf der anderen Rheinseite ihren Ar-

beitsplatz haben, an Mehrkosten zu leisten haben, kann man schnell errechnen. Im Zusammenhang mit Hochwasservorkommnissen sind Umwege über Bonn oder Neuwied unabdingbar. Bei privaten Besuchen oder Festivitäten ist die Überfahrt über den Rhein so begrenzt, dass man die letzte Fähre um 24 Uhr erreicht, ansonsten fallen auch hier große Umwege an.

Ich wäre sehr froh, wenn in Absprache mit den Gemeinden in pas-

sendem Landschaftsbereich sobald wie möglich eine Rheinbrücke geplant und gebaut wird, damit jeder Bürger zeitunabhängig und kostenfrei die „Grenze Rhein“ überwinden kann.

Regina Pies, Kreisstadt

Ihr Kontakt zu uns

Rhein-Zeitung
Poststraße 15
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler
Fax 02641/911 47-40
bad-neuenahr@rhein-zeitung.net

Nur wenige pendeln zu den Neuwieder Nachbarn

Verkehr IHK verweist auf fehlende Rheinbrücke im Norden

Von unserem Redakteur
Markus Kühlen

Kreis Ahrweiler. Es ist einer der auffälligsten Befunde in der Pendlerstudie der IHK Koblenz: Die Arbeitnehmer aus dem Kreis Ahrweiler pendeln in Scharen nach Norden in Richtung Bonn (7206 Pendler) und Rhein-Sieg-Kreis (2933) sowie nach Osten und Süden in die Stadt Koblenz (1289) und den Kreis Mayen-Koblenz (3248). Nur der dazwischen liegende Kreis Neuwied wird im Vergleich zu diesen Werten nahezu gemieden – hierhin verschlägt es lediglich 921 Pendler. Selbst nach Köln (1568) sind es mehr.

Der Rhein bremst die Pendler auf dem Weg in den Kreis Neuwied aus

Der Grund dafür liegt aus Sicht der IHK auf der Hand – die fehlende Rheinbrücke zwischen den benachbarten Kreisen verhindert die ob der räumlichen Nähe eigentlich zu erwartenden Pendlerbewegungen. Denn auch andersrum, vom Kreis Neuwied in den Kreis Ahrweiler, funktioniert der Austausch nicht. Besonders attraktiv sind für die Neuwieder Auspendler die Stadt Koblenz und der Kreis Mayen-Koblenz. Auch der umgekehrte Weg wird rege genutzt. Fabian Göttlich, Leiter der IHK-Geschäftsstelle Neuwied, macht das

an der **Raiffeisenbrücke** fest. „Das zeigt, wie wichtig feste Rheinquerungen sind“, sagt Göttlich und stellt die Gleichung auf: „Die Brücke bedeutet Arbeitsplätze.“

Mit Blick auf den Kreis Ahrweiler, der trotz seiner Nähe zu Neuwied weder für Ein-, noch für Auspendler sonderlich attraktiv scheint, zieht die Kammer den Schluss: Es fehlt eine Brücke. „Die fehlenden Pendlerbewegungen weisen darauf hin, dass die Wirtschaftsräume wegen Lücken in der Infrastruktur kaum verknüpft sind“, sagt Robert Lippmann, Geschäftsführer des Bereichs Standortpolitik bei der IHK Koblenz. „Der Bau einer festen Rheinquerung würde deutliche Erleichterungen für die Wirtschaft bringen und den Radius erweitern, in dem die Anwohner nach einer Beschäftigung suchen können.“ Göttlich stellt allerdings klar, dass eine Brücke für den nördlichen Kreis vor einem Planungshorizont von 30 bis 50 Jahren gesehen werden müsse. „Das ist ein Gedanke grundsätzlicher Natur.“

Für den Nachbarkreis gibt es aus Sicht der IHK noch zwei weitere wichtige Baustellen. Für die **B 42** fordert Göttlich, „dass die lokal ansässigen Firmen sie kostenlos im Transit verwenden können“. Das Lkw-Verbot sei eine künstliche Verknappung. Außerdem müsse die Umgehung Straußenhaus re-

alisiert werden. „Das ist ein total wichtiger Baustein, um die Anbindung an die A 3 sicherzustellen“, sagt Göttlich.

Keinen Fluss überqueren müssen die meisten der 3248 Pendler, die es Tag für Tag aus dem Kreis Ahrweiler in den **Kreis Mayen-Koblenz** zieht. Sie stellen nach den Berufstätigen aus dem Kreis Neuwied und der Stadt Koblenz immerhin die drittgrößte Gruppe unter den Einpendlern in den Kreis MYK. Ein besonders attraktives Ziel dürfte dabei für viele die **Stadt Andernach** sein. Mit dem erfolgreichen Hafen und dem Rasselstein-Werk gibt es hier gleich zwei größere Arbeitgeber. Gut 1000 Berufstätigen aus dem Kreis Ahrweiler steuern die Stadt an jedem Arbeitstag an.

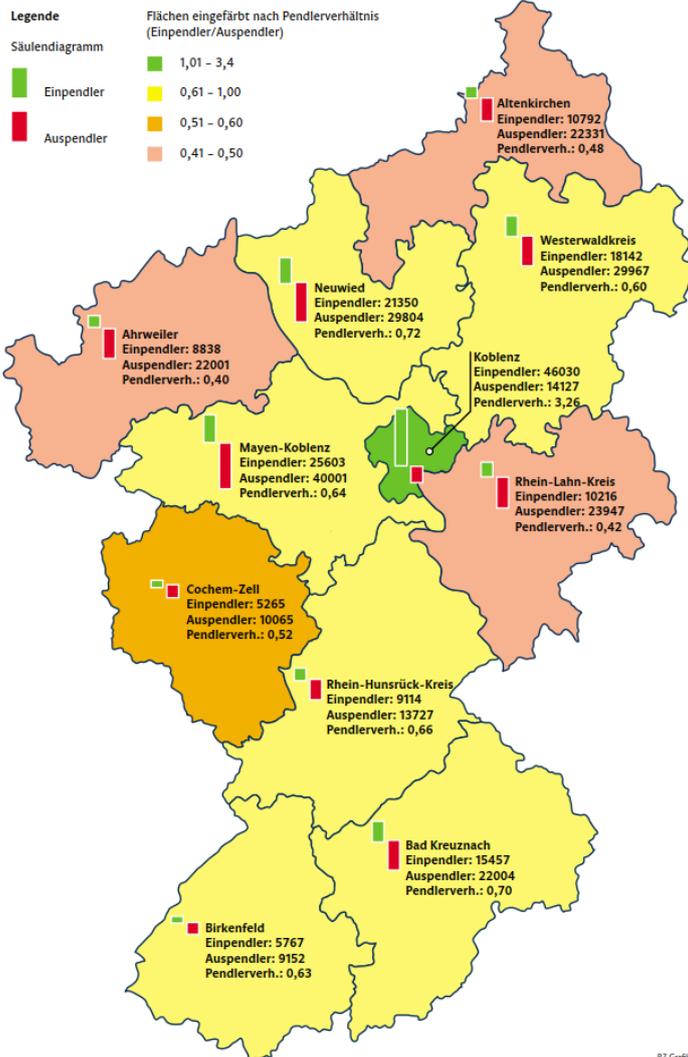
Auch auffällig ist die **Stadt Mayen**. Täglich reisen 997 Pendler aus dem Kreis Ahrweiler an. Nicht nur deswegen kommt die Stadt Mayen am Ende auch auf einen positiven Saldo. Das Plus liegt bei 8354 Einpendlern, wobei der Blick auf die Details zeigt, dass die Stadt nicht nur für Menschen aus Koblenz und dem Kreis Mayen-Koblenz Arbeitsplätze bietet.

Koblenz ist ein Magnet für Pendler aus der gesamten Region

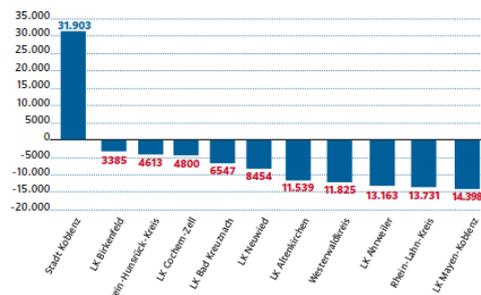
Immerhin noch knapp 1300 Pendler zieht es aus dem Kreis Ahrweiler in die **Stadt Koblenz**. Wer von ihnen morgens oder abends auf der B 9 im Stau steht, der mag es ahnen – die Stadt zieht Arbeitskräfte aus dem gesamten Umland an wie keine andere Kommune. Sie ist daher auch diejenige, die es auf den mit Abstand positivsten Pendersaldo bringt – jeden Tag pendeln 31 903 Arbeitnehmer mehr in die Stadt ein, als sie aus Jobgründen verlassen. Dabei kommen im Vergleich nur wenige aus dem Kreis Ahrweiler, die Spitzenplätze unter den Einpendlern gehen hier an den umgebenden Kreis Mayen-Koblenz (19 001), aber auch an den Rhein-Lahn-Kreis (5524) und den Westerwaldkreis (5194). Koblenz selbst profitiert dabei natürlich von der Vielzahl der einpendelnden Menschen. Denn die erledigen am Ort nicht nur oft ihre Einkäufe, sondern belegen auch in der Mittagspause oder nach Feierabend die in Koblenz ansässige Gastronomie.

Weitere Infos sowie die komplette Pendlerstudie finden Sie unter www.ku-rz.de/pendlerpapers

Alles strömt zur Mitte hin



Pendersaldo der Landkreise der IHK-Region Koblenz



Im Vergleich des Pendersaldos der Landkreise und der Stadt Koblenz innerhalb der IHK-Region Koblenz belegt der Kreis Ahrweiler nur den drittletzten Platz. Er ist mit 13 163 Pendlern im Minus. Dabei dürfte die direkte Nachbarschaft zum Groß-

raum Bonn eine entscheidende Rolle spielen. Ein Blick in die Nachbarschaft relativiert den Wert etwas. Der Kreis MYK ist mit 14 398 Pendlern im Minus und auf dem letzten Platz. Weit besser sieht es im Kreis Neuwied aus. *mn*

Starker Kern, schwache Ränder – so lässt sich die Pendersituation im Gebiet der IHK-Region Koblenz zusammenfassen. Während Koblenz wie ein Magnet wirkt, geben alle anderen Landkreise ab. Und das, mit Ausnahme des Südens, umso mehr, je peripherer sie liegen. Entscheidende Kennzahl ist das Pendlerverhältnis. Es ergibt sich aus

dem Verhältnis zwischen Einpendlern (im Kreis Ahrweiler 8838) geteilt durch die Auspendler (im Kreis Ahrweiler 22 001) – ergibt in dem Fall die gerundete Quote von 0,40. Das ist der schlechteste Wert im von der IHK untersuchten Bereich. Auch bei den absoluten Zahlen sieht es für den Kreis nicht rosig aus. Bei den Einpendlern liegen nur

die Kreise Cochem-Zell und Birkenfeld schlechter. 22 001 Auspendler hingegen sind vergleichsweise wenige in absoluten Zahlen. Mit Blick darauf, dass rund ein Drittel davon nach Bonn pendelt, wird klar, welche Funktion der Kreis Ahrweiler für viele Berufstätige als bezahlbarer und lebenswerter Wohnraum einnimmt. *mn*

RZ Grafik

RZ Grafik